



Verantwortlich für diese Pressemitteilung:

Birgit Faigle, Geschäftsführerin des LSR
Tel. 0711/613824, Telefax 0711/617965
E-Mail: birgit.faigle@lssr-bw.de

Hans-Jörg Eckardt, Pressesprecher des LSR
Tel. 07195/51428, E-Mail: HJEckardt@web.de

Presse-Information

19. November 2009

S P E R R F R I S T: 19.11.2009, 11.00 Uhr

Senioren helfen Jung und Alt

Landesseniorenrat warnt vor künftig verstärkter Altersarmut

„Die ältere Generation im Südwesten versteht sich als Teil der gesamten Bürgergesellschaft. Sie übernimmt auch Verantwortung für Probleme von Kindern und Jugendlichen sowie der arbeitenden Bevölkerung. Deshalb sind die Seniorenräte keine reine Lobby für die Älteren.“ Darauf hat Roland Sing, Vorsitzender des Landesseniorenrates Baden-Württemberg (LSR), am Donnerstag vor rd. 1 000 ehrenamtlich engagierten Älteren in Leinfelden-Echterdingen beim 26sten Landesseniorentag hingewiesen.

Allerdings machte er auch deutlich, dass sich bereits große Unterschiede in der Situation der gegenwärtig 2,5 Millionen über 60-Jährigen und den künftigen Generationen abzeichnen. Es gelte jetzt, die künftig verstärkt zu befürchtende Altersarmut zu vermeiden. Dazu gehöre in erster Linie Beschäftigungssicherung und die Bezahlung von auskömmlichen Löhnen. Die gesetzliche Rentenversicherung müsse künftig wieder deutlich gestärkt werden.

Sing sieht aber auch dunkle Wolken am Renten-Horizont aufziehen: „In den nächsten Jahren wird es nicht bei den angekündigten Nullrunden bleiben. Faktisch stehen Rentenkürzungen an.“ Ausschlaggebend dafür seien der Riesterfaktor und der Nachholfaktor, mit denen frühere Rentenerhöhungen korrigiert werden sollen. Dazu kämen die schon absehbar steigenden Beiträge zu den Krankenkassen und zur Pflegeversicherung. Das Fazit: „Weniger Netto vom Brutto.“

Als sehr positive Perspektive hat Sing herausgestellt, dass der LSR im nächsten Jahr gemeinsam mit seinen Mitgliedern Volkshochschulverband und Senioren-Internet-Helfer-Initiative sowie SWR 4 verstärkt Ältere „ans Netz“ bringen wolle. Die teilweise schon vorhandenen Partnerschaften zwischen Seniorenräten und Schulen sind beispielgebend. Die kommunalpolitisch Verantwortlichen sollten diese Kampagne unterstützen. Damit könne ein wichtiger Beitrag geleistet werden, dass diese Personengruppe gesellschaftlich nicht „abgehängt“ oder ausgegrenzt werde.

Ein bestimmendes Thema ist die Menschenwürde im Alter. Dazu Sing: „Das ist die Leitlinie für das Handeln des LSR. Alle unsere Aktivitäten, Aktionen, aber auch das, was wir fordern und unsere Stellungnahmen müssen sich danach ausrichten.“ Ein gutes Beispiel sei die nun endlich erfüllte Forderung des Rechtsanspruches auf das Einbettzimmer im Pflegeheim. „Dafür danken wir der Ministerin Dr. Monika Stolz. Der Wermutstropfen, dass es im Einzelfall Übergangsfristen von bis zu 25 Jahren gibt, wird uns aber nicht ruhen lassen.“

Zu dieser Menschenwürde gehöre die Selbstbestimmung und Teilhabe am gesellschaftlichen Leben, wenn körperliche oder kognitive Fähigkeiten beeinträchtigt sind. Deshalb war der LSR dankbar, dass Professor Andreas Kruse vom Gerontologischen Institut der Universität Heidelberg in seinem Schwerpunkt-Referat „Menschenwürde im Alter“ die gegenwärtige Situation aufgezeigt und viele Anstöße für das notwendige Handeln gegeben hat.

Der LSR fordert mehr ambulante Betreuung und Betreutes Wohnen, weitere Mehrgenerationenhäuser sowie Wohngemeinschaften für Ältere. Es müssten aber andere große Schritte folgen: „Der Pflegbedürftigkeitsbegriff ist zu überarbeiten, das Leistungsspektrum der gesetzlichen Pflegeversicherung anzupassen und es gilt, Infrastrukturen zu entwickeln oder auszubauen.“ Daraus ergäben sich vielfältige Aufgaben für die Seniorenräte: Mitwirken in Heimbeiräten, aber auch ehrenamtliche Strukturen fördern und ausbauen. Sing: „Wir haben Mitwirkungsrechte und deshalb sollten wir sie auch nutzen.“ Die sich aus der demografischen Entwicklung ergebenden künftigen Herausforderungen seien ohne Ehrenamt und bürgerschaftliches Engagement kaum zu bewältigen.

Große Sorge bereitet es der Interessensvertretung, dass man immer noch auf ein Präventionsgesetz warten müsse, das den Vorsorgegedanken bei den Älteren verankern würde. Sogar wenn bereits Pflegebedürftigkeit eingetreten sei, könne man noch Prävention betreiben und damit beispielsweise im Einzelfall eine höhere Pflegestufe vermeiden. Wichtig für Sing dabei, dass die neuen Möglichkeiten der Telemedizin nicht ausgeschöpft werden könnten, um das Leben in den eigenen vier Wänden sicherzustellen. So wäre es nicht zu verstehen, dass der Umbau eines Bades heute durch die Pflegekasse mitfinanziert, aber nicht mit telemedizinischen Begleitungs- und Unterstützungsformen flankiert würde. Sing schlägt dem Sozialministerium konkret vor, zu diesem Thema im nächsten Jahr einen Kongress zu veranstalten. Ziel sollte sein, die einzelnen Modellvorhaben und Erkenntnisse zu bündeln. Das reiche von der Herdplattenkontrolle über Vorlesedienste bis zur Medikamenten-Erinnerung. Auch im ländlichen Raum dürfte Telemedizin hilfreich sein. Dort sei schon jetzt absehbar, dass es bei der haus- und fachärztlichen Versorgung zu erheblichen Engpässen kommen werde, wenn nicht rechtzeitig gegensteuert wird. Darin hat sich der LSR durch die Podiumsdiskussion bestätigt gesehen, die zu diesem Thema stattfand.